

Fragen Flucht und Asyl

1. Halten Sie die Festlegung einer zahlenmäßigen "Obergrenze" für Flüchtlinge grundsätzlich für richtig? Was soll passieren, wenn diese erreicht ist?

Ich halte davon nicht sehr viel. Die Obergrenze ist der Versuch, mit der Flucht ein Phänomen zu regulieren, das sich nur sehr bedingt steuern lässt. Generell müssen wir es schaffen, potenziellen Flüchtlingen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu geben. Das ist nicht in allen Ländern einfach, in einigen wahrscheinlich unmöglich. Daher ist die Obergrenze zu einem gewissen Maße auch eine Illusion, denn was ist, wenn die selbst festgelegte Obergrenze erreicht wird? Abgesehen davon, dass es in diesem Fall keine rechtliche Grundlage für die Verweigerung von Asyl gibt, halte ich aus menschlicher Sicht davon wenig.

2. Viele Asylwerber müssen derzeit zwei Jahre oder mehr auf die Entscheidung der Behörden warten. Sollte es Ihrer Meinung nach für Asylwerber mehr Möglichkeiten zum Arbeiten geben?

Ja, neben den bereits bestehenden Möglichkeiten, Asylwerber mit dem Nachfolgemodell der Nachbarschaftshilfe in Arbeit zu bringen, sollen die Möglichkeiten ausgeweitet werden.

3. Würden Sie sich dafür einsetzen, die Ausbildungsmöglichkeiten für Asylwerber zu verbessern?

Ja.

4. Finden Sie es richtig, dass subsidiär Schutzberechtigte drei Jahre warten müssen, bevor das Verfahren zur Familienzusammenführung beginnen kann?

Grundsätzlich finde ich das nicht richtig. Subsidiär Schutzberechtigte dürfen zwar arbeiten und Steuern zahlen aber nicht ihre Kernfamilie nachholen vor dem Ablauf vor drei Jahren. Das Problem besteht darin, dass der Aufenthalt befristet ist und, sollte eine Abschiebung erfolgen, die ganze Familie abgeschoben wird. Das liegt meines Erachtens nicht im Sinne der Erschaffer der Genfer Flüchtlingskonvention.

5. Sind Schutz und Betreuung für minderjährige Flüchtlinge in Österreich Ihrer Meinung nach ausreichend gewährleistet?

Ja.

6. Wie beurteilen Sie die aktuelle Regelung für die Mindestsicherung in Vorarlberg? Finden Sie eine "Deckelung" für Familien grundsätzlich gerechtfertigt?

Wir haben im Vorarlberger Landtag die „Mindestsicherung neu“ abgelehnt, da sie neue Armut schafft. Eine Deckelung für Familien finde ich nicht gerechtfertigt, da vor allem Mehrkindfamilien in die Armut gedrängt werden.

7. Würden Sie es unterstützen, dass die Entscheidung über das humanitäre Bleiberecht wieder in die Kompetenz der Bundesländer kommt?

Ja, die Entscheidung über das humanitäre Bleiberecht soll wieder in die Kompetenz des Landes kommen, da die Länder näher an den Problemen der Betroffenen sind.

8. Wie würden Sie die Integration von bleibeberechtigten Flüchtlingen fördern?

Indem Flüchtlinge schneller am Arbeitsmarkt unterkommen. Neben dem Kontakt zu den Arbeitskollegen (Spracherwerb!) trägt ein eigenes Einkommen maßgeblich zur Selbstbestimmung – eine Grundvoraussetzung für Integration bei.

9. Finden Sie es richtig, Menschen bei der derzeitigen Sicherheitslage nach Afghanistan abzuschieben?

Das österreichische Außenministerium hat für Afghanistan die Reisewarnung mit der Stufe 6 (dieselbe Stufe wie für Syrien) ausgerufen. Dies ist die höchste Stufe einer Reisewarnung. Das Außenministerium meint dabei: „Im ganzen Land besteht das Risiko von gewalttätigen Auseinandersetzungen, Raketeneinschlägen, Minen, Terroranschlägen und kriminellen Übergriffen einschließlich Entführungen, Vergewaltigungen und bewaffneter Raubüberfälle.

Den in Afghanistan lebenden Auslandsösterreichern sowie Österreichern, die sich aus anderen Gründen in Afghanistan aufhalten, wird dringend angeraten das Land zu verlassen.“

Deshalb bin ich der Ansicht, dass Afghanen, solange diese Stufe der Reisewarnung aufrecht bleibt, nicht abgeschoben werden sollen.

10. Sind Sie dafür, dass Österreich verstärkt Flüchtlinge über die Resettlement-Programme der UNO aufnimmt?

Bis Ende 2017 sollten 1.900 Personen im Rahmen des Resettlement-Programmes aufgenommen werden, das heißt, abseits eines regulären Asylverfahrens. Ob es notwendig ist, im Rahmen dieses Programmes (also außerhalb normaler Asylverfahren) mehr Personen aufzunehmen, entzieht sich aktuell meiner Kenntnis.